

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-15

Inhalt

300 Millionen Menschen in 5.000 indigenen Stämmen sind in ihrer Existenz bedroht. Über Hintergründe dies weltweiten Problems berichtet **Klaus Kübler MdB**.

Seite 1

Die Rolle der Sozialdemokratie in der Entspannungspolitik und den paranoiden Versuch sie heute zu diffamieren beschreibt **Horst Ehmke MdB** in seinem Buch "Mittendrin - Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit".

Seite 3

Über den Hochmut und die Angst der politischen, publizistischen und intellektuellen Klasse im Umgang mit dem Volk - eine polemische Auseinandersetzung zugunsten einer politischen Streitkultur von **Peter Glotz MdB**.

Seite 4

49. Jahrgang / 48

10. März 1994

DOKUMENTATION

Der Streit um die Ostpolitik gestern und heute

Professor Horst Ehmke MdB, führte anlässlich der Vorstellung seines im Rowohlt-Verlag Berlin erschienenen Buches "MITTENDRIN, Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit" heute Vormittag unter anderem folgendes aus:

Wenn Sie in meinem Buch die innenpolitische Auseinandersetzung um die Ostverträge nachlesen mit den Angst- und "Ausverkaufs"-Parolen der Union und der "Kampfpresse", dann wird Ihnen die Kampagne, mit denen dieses Wahljahr eröffnet wurde, als eine Reprise erscheinen. Selbst als solche ist sie erstaunlich.

Erinnern wir uns: Anfang der 60er Jahre leitete Präsident Kennedy mit seiner "strategy for peace" die Entspannungspolitik ein. Ziel der Ostpolitik Willy Brandts war es, unser Interesse an Abmilderung und Aufhebung der Teilung in Kennedys Strategie einzufädeln. So kam es zur Harmel-Doktrin von "Verteidigung und Entspannung", an der das westliche Bündnis trotz allen Streits im einzelnen mit Erfolg festgehalten hat. Die Union isolierte sich im Kampf gegen die Verträge und machte sich erst nach ihrer Rückkehr an die Regierung - Kohl im Koalitionsbunde mit Genscher - die Entspannungspolitik zu eigen.

Angesichts dieser Tatsachen lassen Sie mich zwei Feststellungen treffen:

- Das schüren des Verdachts, die Entspannungspolitik sei gewissermaßen das Produkt einer linken Verschwörung gewesen, erscheint mir paranoid. Es erinnert mich an die "Protokolle der Weisen von Zion" mit ihrem antisemitischen Verschwörungswahn.
- Eine Union, die die Diffamierung der Entspannungspolitik zuläßt oder gar mitmacht, diffamiert zugleich den Beitrag, den die Kohl/Genscher-Regierung zum Erfolg der westlichen Entspannungspolitik geleistet hat, an deren Ende bekanntlich der Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus und nicht der der westlichen Demokratie gestanden hat.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.,
zzügl. MwSt. und Versand.

Kundinnen und Kunden
mit wertvollen Rückgaben
Recycling-Papier



Natürlich muß die Ost- und Entspannungspolitik rückblickend zum Gegenstand kritischer Untersuchungen und Erörterungen gemacht werden. Ihr Spannungsfeld läßt sich nicht auf einen Dualismus von gouvernementaler Interessenpolitik hier und moralischer Bürgerrechtsbewegung dort reduzieren. Vielmehr müssen folgende Faktoren in ihrem Zusammenhang gesehen werden:

- Die gouvernementale Entspannungspolitik milderte den Binnendruck der Blöcke, gab den osteuropäischen Staaten mehr Spielraum und führte zur Auflockerung in deren Innem. Der - gegen das Votum von CDU/CSU - 1975 in Gang gesetzte Helsinki-Prozeß trug in allen seinen drei 'Körben' wesentlich zur Aushöhlung des Bindestrich-Dogmatismus, Marxismus-Leninismus genannt, bei. Er öffnet den Ostblock westlichen Einflüssen und half mit, ein neues gesamteuropäisches Bewußtsein zu schaffen.
- Der 'Sozialdemokratismus', die sozialdemokratische Tradition der europäischen Arbeiterbewegung, wurde von den Kommunisten als die eigentliche ideologische Gefahr der Entspannung angesehen - Angst vor den Kommunisten hatten bei uns umgekehrt nur die Konservativen. Von der Herausforderung Moskaus durch den 'Prager Frühling' bis zur Niederlage der Kommunisten in der portugiesischen Revolution, vom Ende des Weltkommunismus durch die Abspaltung der Euro-Kommunisten bis zur 'Sozialdemokratisierung' von Teilen der osteuropäischen Staatsparteien muß diese Geschichte noch geschrieben werden. Daß ein ungarischer Reformkommunist, der Außenminister Gyula Horn, zusammen mit seinem österreichischen Kollegen das erste Loch in den Stacheldraht schnitt, der Ost und West trennte, war kein Zufall. Und Gorbatschows politische Wende ist ohne die Einflüsse des 'Sozialdemokratismus' ebenfalls nicht zu verstehen.
- Die Bürgerrechtsbewegungen brachten die kommunistischen Regime im Innem moralisch und politisch in Bedrängnis. Dabei muß man aber von Land zu Land stark differenzieren. Und selbst in Polen mit seiner starken 'Solidarnosc' setzten sich deren Vertreter am Ende mit einsichtigen Kräften aus dem alten Machtapparat an einen Runden Tisch. Die SPD muß selbstkritisch einräumen, daß sie sich den Bürgerrechtsbewegungen gegenüber selbst dann noch 'gouvernemental' verhalten hat, als sie nicht mehr an der Regierung war.

Daß Ostberlin zuletzt kippte, war kein Zufall. Stand dort doch mit dem Regime der ganze Staat zur Disposition. So hatte sich die SED dann auch gegen die ideologischen Aufweichungstendenzen der Entspannungspolitik am hartnäckigsten gewehrt. Doch auch das SED-Regime fiel, durch Druck von innen und von außen. Damit wurde der Weg frei zur Deutschen Einheit. Die Außenpolitik zur Deutschen Einheit - 2 + 4 - war eine Glanzleistung, von der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik läßt sich das leider nicht sagen. Gegen die Warnungen Oskar Lafontaines und angesehener Sachverständiger wurde in der Hitze des Wahlkampfs auf die Erblast der DDR die Last einer undurchdachten Einigungspolitik draufgesetzt. Umso größer sind die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Auch sie sind zu bewältigen, allerdings nicht durch Schlammschlachten.

(-/10. März 1994/hgs/ks)

300 Millionen Menschen in Ihrer Existenz bedroht
Die Situation der indigenen Völker muß dringend verbessert werden

Von Klaus Kübler MdB

Seit Jahrhunderten haben Regierungen, Völker, Gesellschaften und Herrschaftseliten indigene Bevölkerung diskriminiert, sind gegen sie vorgegangen mit Unterdrückung, Vertreibung und Umsiedlung, Entrechtung, Versklavung, mit Folter, Verschwindenlassen, Hinrichtungen und staatlichem Mord. Dabei haben die indigenen meist nichts anderes getan als ihr Land, ihre Bodenschätze, ihre Kultur, ihre Sprache und ihre Traditionen versucht zu verteidigen und zu bewahren.

Weltweit werden nach Schätzungen über 300 Millionen Menschen, die in etwa 5 000 Stämmen und Gruppen organisiert sind, zur indigenen Bevölkerung gezählt. Sie gehören zu den meist benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den jeweiligen Ländern und leben am äußeren Rande der Gesellschaft.

Das Thema indigene Bevölkerung ist bei weitem nicht nur ein Thema der Dritten Welt, es ist ebenso ein Thema der Ersten Welt, wie die Probleme der Indigenen Bevölkerung zum Beispiel in den USA, Kanada und Australien zeigen.

Indigene Völker waren lange Zeit kein politisches Thema. In den letzten Jahren haben die indigenen Völker mit Erfolg begonnen, die Weltöffentlichkeit verstärkt auf ihre Belange aufmerksam zu machen, und dabei besonders auf das Ausmaß des Unrechts hingewiesen, das sie bei dem Versuch, ihre Rechte zu verteidigen, erlitten haben.

In der halbtägigen Podiumsdiskussion wurde die Situation der Indigenen eingehend beleuchtet.

Das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1993 beschlossene "Jahr der indigenen Völker", war ein Ergebnis der Beschäftigung mit den Defiziten des Menschenrechtsschutzes bei indigenen Völkern, war das Ergebnis eines ersten gewachsenen Bewußtseins für die Probleme der indigenen Völker.

Diesem VN-Jahr der indigenen Völker schließt sich jetzt eine "Dekade der indigenen Völker" an, gemäß der Forderung der Weltkonferenz über Menschenrechte in Wien von der 48. UNO-Generalversammlung proklamiert. Dies ist umso wichtiger, als die Podiumsdiskussion gezeigt hat, daß sich die Probleme der indigenen Völker nach 1993 noch lange nicht gelöst haben. Im Gegenteil: Das aktuelle Beispiel des Aufstandes der Chiapas-Indianer in Mexiko im Januar 1994 zeigt die dringende Notwendigkeit der weiteren Beschäftigung und der Hilfe für die indigenen Völker.

Das Überleben indigener Völker ist weltweit ernsthaft bedroht. Es gibt in aller Welt brutale und schwere Menschenrechtsverletzungen an Indigenen: Landraub, Ressourcenabbau, Staudammprojekte, Umweltzerstörung und Zwangsumsiedlungen sind vor allem die zentralen Themen. Fast überall kommen mehrere dieser Faktoren zusammen, die die indigenen Völker in ihrer Existenz bedrohen.

So sind zum Beispiel die Amazonas-Indianer nicht nur durch die Abholzung des tropischen Regenwaldes, sondern auch durch den Raubbau an Bodenschätzen bedroht. Bergbauunternehmen mißachten ihre Landrechte. Zwangsumsiedlungen sind Mittel, um Widerstand im Keim zu ersticken. Die Chittagong-Bergvölker in Bangladesh werden aus ihrem traditionellen Siedlungsgebiet vertrieben. Die Grenzregion zu Indien ist strategisch wichtig, außerdem ist die Regierung Westbengalens daran interessiert, die hier lagernden Bodenschätze auszubeuten und Staudämme zur Energiegewinnung zu errichten.

Die Situation von indigenen Völkern, die ihre kulturelle Eigenständigkeit bewahren wollen und nach sozialer und wirtschaftlicher Verbesserung ihrer Situation streben, ist immer ein gesamt-

gesellschaftliches Problem der betreffenden Länder. Die indigenen Völker sind lange politisch und gesellschaftlich vernachlässigt worden. Die Versuche, sie in die jeweiligen Gesellschaften einzugliedern, mußten aufgrund der eigenständigen Lebensformen der Indigenen fehlschlagen. Ihre traditionellen Lebensformen, ihre Kultur und Sprache, ihre Religion fügen sich nicht zum Beispiel in eine industrialisierte Gesellschaft ein.

Die Lösungen dieser Fragen sind eine nationale Aufgabe. Dennoch kann die internationale Staatengemeinschaft nach 1993 nicht mehr die Augen vor der Situation der Indigenen verschließen. Die internationale Staatengemeinschaft, insbesondere aber die betroffenen nationalen Regierungen sind aufgefordert zum sofortigen Stopp von Landraub, völkervernichtender Umweltzerstörung und Zwangsumsiedlungen.

Das Jahr 1993, das "VN-Jahr der indigenen Völker", hat zur Stärkung des Bewußtseins beigetragen. Dies ist eine wichtige und notwendige Voraussetzung für Kooperationsbereitschaft und die Stärkung der internationalen Kooperation.

Das Ergebnis der internationalen politischen Beschäftigung mit Indigenen ist der Entwurf einer Deklaration zur Lage der Indigenen. Er soll auf der 51. Menschenrechtskonferenz 1995 bestätigt und von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 1995 verabschiedet werden. Die Bundesregierung ist gefordert, sich aktiv und offensiv an der Erarbeitung der Deklaration zu beteiligen und sie einem Ergebnis zuzuführen. Sie ist ferner aufgefordert, dort wo es möglich ist, Mitgliedsrechte in entsprechenden internationalen Gremien wahrzunehmen und von möglichen Beobachterpositionen Gebrauch zu machen.

Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Es wird sich zeigen, ob bis dahin das nach 1993 aufgekommene Bewußtsein für die Indigenen wachgehalten werden kann.

(-/9.3.1994/vo-he/hgs)

Wenn das Salz dumm ist
Für eine politische Streitkultur - eine Polemik

Von Peter Glotz MdB *

Die Intellektuellen, sagt der Wiener Publizist Günther Nenning, seien das Salz des Volkes. Dann fügt er aber gleich die entscheidende Frage dazu: "Wenn aber das Salz dumm ist, womit soll man salzen?" Nenning deutet mit ausgestrecktem Zeigefinger auf einen der größten Mißstände der sogenannten "politischen Kultur" in Deutschland und Österreich: Auf den Hochmut von Politikern, Publizisten und Intellektuellen, auf ihr bloß strategisches Kommunikationsverhalten, ihre Publizisten-Ideologie, ihre autoritäre Tantenhaftigkeit. "Vielleicht, werde zeitgenössische Mitintelligenz", blaut er der politischen Klasse ein, "ist es genau umgekehrt: Das Volk hat ab und zu recht und ihr seid ab und zu blöd. Vielleicht ist eurer ständiges Denunziantentum - Wer nicht eurer Meinung ist, ist ein halber oder ein ganzer Faschist - ein Kainsmal..." Es spricht alles dafür, daß der alte Provokateur recht hat.

"Demokratie ist Diskussion", hat Thomas Masaryk, der Begründer der ersten tschechoslowakischen Republik und ein bedeutender humanistischer Philosoph, gesagt. Bei uns aber häufen sich die Beispiele, die zeigen, daß diese Diskussion gerade verweigert wird.

Bevormundung der Bürger

Aus hundert möglichen Beispielen seien hier fünf genannt: Der Intendant des Norddeutschen Rundfunks, Jobst Plog, will das Selbstdarstellungsrecht der politischen Parteien in Fernsehspots unterbunden sehen. Begründung: Das verhetzte, unaufgeklärte Volk sei nicht in der Lage, die ausländerfeindliche oder rassistische Agitation rechtsradikaler Parteien zu erkennen. Das Ergebnis dieser Abstinenz wäre natürlich eine massive Verschlechterung der Marktzutrittschance für neue Parteien aller Art, ein dicker Gefallen für den Club der Etablierten. Auch in Fernsehwahlkampfdebatten sollen "radikale Parteien" zwar nicht generell ausgeschlossen, wohl aber volkspädagogisch bearbeitet werden. "Ungefilterte Selbstdarstellung", so Plog stolz, "gibt es in den von uns verantworteten Sendungen nicht."

Immer häufiger sollen Filme, die in den Verdacht geraten, politisch nicht korrekt zu sein, zensiert werden. Philipp Grönings Film *Die Terroristen*, bei dem Helmut Kohl sich verhöhnt fühlte, wurde schärfstens attackiert. Winfried Bonengels Film *Beruf: Neonazi*, eine Dokumentation über den Münchener Rechtsextremisten Ewald Althans, wurde in mehreren Bundesländern verboten und konfisziert. In einigen will man sogar die Filmförderung, die für den Streifen gewährt wurde, zurückverlangen. Als Stefan Aust mit seinem "Spiegel-TV" den Film senden wollte, schwangen sich sage und schreibe 130 Angehörige des linksliberalen Establishments zu einer wütenden (und wirksamen) Protestaktion auf. Man fragte sich, wieviele der 130 Resolutionierer den Film vorher gesehen haben. Von eingeleiteten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Althans hat man allerdings nichts gehört. Nur Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, kam wenigstens auf den Gedanken, sie zu fordern.

Im Jahr 1994 werden zwanzig Wahlen abgehalten. In Deutschland gibt es fünf bis sechs Millionen Arbeitslose, die Staatsverschuldung hat einen bisher nicht für möglich gehaltenen Höhepunkt erreicht und das Verhältnis zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen verschlechtert sich eher als daß es sich verbessert. Gregor Gysis PDS erreicht in den neuen Bundesländern Umfrageziffern von über 20 Prozent und jeder Kundige weiß, daß Franz Schönhuber besser abschneiden wird, als die Demoskopien vermuten: Viele der potentiellen Protestwähler schämen sich, ihr beabsichtigtes Wahlverhalten zuzugeben.

Und wo gibt es die großen Debatten, in denen Gysi und Schönhuber (die weiß Gott grundverschieden sind, aber doch gemeinsam haben, daß sie größere Gruppen von Protestwählern vertreten) von demokratischen Politikern mit den besseren Argumenten widerlagert werden? Nirgends. Man dürfe solche Leute nicht "aufwerten", heißt die flauere Ausrede. Demnächst wird man vermutlich auch Peter Gauweiler und Manfred Brunner meiden, weil sie Argumente benutzen, die das blöde Volk, den großen "Lümmel" (Heine) verwirren könnten.

Im übrigen treten nicht einmal die Repräsentanten der sogenannten "demokratischen Parteien" systematisch gegeneinander an. Wenn ein Kanzler mit seinem Herausforderer streiten wollte, fielen ihm der Koalitionspartner in den Arm; das könnte ja einen Platzvorteil für die "Elefanten" bedeuten. Wenn einer, mühsam genug, irgendwo Minister geworden ist, debattiert er natürlich nicht mehr mit einem einfachen Abgeordneten; das sei ein "Ebenen-Problem", sagen dann die Referenten. Also beschränkt sich die strafbare Kommunikation zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Demokratie (von einigen löblichen Ausnahmen abgesehen) auf ein paar labbrige und unkonzentrierte Diskussionen von vier oder fünf Kandidaten, die in ihren Wahlkreisen vom DGB, der Caritas oder dem Jugendring eingeladen werden. Wen wundert es da eigentlich, daß sich das deutsche Volk mehr für Boris Becker, Thomas Gottschalk und das Naabtal-Duo interessiert als für die politische Klasse?

Weit schlimmer als solch abwertende Strategie ist die plumpe Anwendung von Gewalt gegen abweichende Meinungen. Man kann die Auffassung des Historikers Ernst Nolte zum Holocaust und die der Publizistin Katharina Rutschky zum Feminismus so leidenschaftlich ablehnen wie man will; wenn man sie mit Geschrei, Gedrängel und Prügelei am Reden hindert, ist das nicht konsequente Fortschrittlichkeit, sondern ein Bruch der im Grundgesetz garantierten Freiheit der Rede. Gegen Gewalt und Terror - zum Beispiel gegen Leute, die Brandsätze in Ausländerheime werfen - muß die Staatsgewalt eingesetzt werden. Im übrigen aber ist nichts ekelhafter als die Attitüde des kleinen Max, der unter Benutzung des Spruchs 'Der Schiß ist fruchtbar noch, aus dem das krocht' Otto Wels spielt - und so tut, als ob die Auseinandersetzung der 90er Jahre mit Jörg Haider, Franz Schönhuber, Alain de Benoist oder Hans Dietrich Sander mit dem Kampf von Sozialdemokraten, Kommunisten, jüdischen Intellektuellen oder katholischen Priestern gegen die Nazis zu vergleichen wäre.

Der gemeinsame Hintergrund dieser - im einzelnen sicher unterschiedlich zu bewertenden Kommunikations-Blockade ist Hochmut und Angst - der Hochmut von Einsichtigen und Belehrenden, die souverän entscheiden wollen, was diskussionswert ist und was nicht, und die Angst vor den ordinären Leidenschaften des vermaledeiten Volkes, das man mit fliehenden Stimmen vor irdenen Krügen an resopalbeschichteten 'Stammtischen' vermutet. Man pflegt die 'Podestphilosophie': Wem wir ein 'Podest' bieten, eine Plattform, eine Kommunikations-Chance, das entscheiden wir, basta. Gleichzeitig aber philosophiert man in evangelischen Akademien, staatlich subventionierten Wannsee-Villen und öffentlich-rechtlichen Nachtstudios mit zerfurchten Häuptionen über 'Politikverdrossenheit'. Könnte es nicht sein, daß die Leute verdrossen sind, weil sie die Faxen der bloß symbolischen Politik in unserem Land dick haben?

Wer darf mit wem debattieren?

Das Volk ist voller Wut, schon richtig. Es ärgert sich (auch) über Krauses öffentlich abgerechnete Putzfrau, Streibls privat gesponserte Reisen und Möllemanns persönlich empfohlene Vettern. So stumpf sind die Menschen aber nicht, daß sie nicht mehr wüßten, was ihr Leben beeinflußt und was nicht. Der Kern der vielbeschworenen Politikverdrossenheit liegt im Versuch der politischen Klasse, die wichtigen Fragen unter sich auszumachen. Über den Vertrag von Maastricht entscheidet der Bundestag, über den Umzug des Regierungssitzes nach Berlin sowieso. Über fünfzig Prozent der Abgeordneten, die Listenkandidaten, entscheiden kleine Parteizirkel. Über den nächsten Bundespräsidenten entscheidet jedenfalls nicht das Volk. Und über die Frage, was wer mit wem und wo debattieren darf, soll auch noch 'von denen da oben' beschlossen werden? Es könnte der Tag kommen, wo uns unser fabelhaftes politisches System mit Blitz und Donner um die Ohren fliegt.

Kein Zweifel, auch die politische Kommunikation bedarf einer Dramaturgie. Mit Gewalttätigen verhandelt man nicht, die lockt man ein. Mit Leugnern und Lügneren, zum Beispiel mit Warenhausbesitzern, die den Judenmord in Abrede stellen, braucht man nicht zu diskutieren. Wirkköpfe ohne Unterstützung in der Bevölkerung kann man links liegen lassen. Eine politische Elite aber, die zwischen Rechtsterroristen, Rechtsradikalen, Rechtspopulisten, Rechtsintellektuellen und Nationalkonservativen nicht zu unterscheiden weiß, den gleichen Fehler auf der Linken macht, Argumente und Stimmungen im Volk gering achtet und eigensinnig darauf besteht, *the same procedure as every year* zu zelebrieren, verliert ihren Einfluß in der Gesellschaft. Genau dahin scheint es in Deutschland im Superwahljahr 1994 zu kommen.

(-/10. März 1994/hgs/ks)

* Dieser Beitrag erschien am 10. März 1994 in 'Süddeutsche Zeitung'